

Wächter der Heimat

Der Reformbedarf in Syrien ist offensichtlich, doch die Forderungen der Protestbewegung haben eine große Spannweite

Von Karin Leukefeld, Damaskus

Seit Mitte März wird in Syrien in vielen Städten gegen das politische System und die Regierung von Baschar al-Assad demonstriert. Nach Angaben von Menschenrechtsbeobachtern sind unter den seit Mitte März getöteten 900 Menschen auch rund 150 Polizisten und Soldaten. Auch am Wochenende gab es erneut Dutzende Tote zu beklagen. Die Meinungen über die Hintermänner der Proteste gehen im Land auseinander, die Regierung sieht bewaffnete Banden als Urheber.

»Wächter der Heimat, Friede sei mit euch, unser stolzes Volk wird sich nie unterjochen lassen.« Die ersten Zeilen der syrischen Nationalhymne sind kaum zu hören, die etwa zwei Dutzend junge Leute singen, während sie langsam die Al Salhiha hinunter gehen, eine der zentralen Einkaufsstraßen in Damaskus. Im Hintergrund tönt der abendliche Verkehr, die Salhiha ist von lautem Stimmengewirr erfüllt. Abenddämmerung liegt über Damaskus. Familien schlendern an den hell erleuchteten Schaufenstern vorbei, Straßenhändler bieten kleine Leckereien an, aus Musikgeschäften schallen die Lieder syrischer Popstars.

Akademiker gehen auf die Straße

Alles wäre ganz normal, wäre da nicht die Gruppe junger Leute, die die Nationalhymne singen. Passanten sehen ihnen nach, Polizisten folgen dem ungewöhnlichen Chor, die einen wie die anderen dürften etwa gleich alt sein, zwischen Anfang und Ende 20. Dann geht alles ganz schnell. Einige aus der Gruppe werden in ein Geschäft abgedrängt, Passanten, die neugierig stehen bleiben, werden zum Weitergehen aufgefordert. Ein kleiner Film, der das Geschehen dokumentiert, ist im Internet zu sehen.

»Wir sind gebildet, wir lassen uns etwas einfallen«, lacht der 23-jährige Student Mansour, einer der Organisatoren des beschriebenen Protestes, bei dem fünf seiner Freunde festgenommen wurden. »Bisher wollte ich Syrien verlassen, mein Studium abschließen und Arbeit finden, was hier fast nicht möglich ist. Aber jetzt habe ich Hoffnung, dass sich etwas Grundlegendes in Syrien ändern wird, also bleibe ich.« Mansour kennt seine neuen Freunde von der Protestbewegung erst seit zwei Wochen. Die jungen Leute, die zu dem Gespräch mit der Autorin zusammengekommen sind, studieren oder arbeiten. Sie haben ein eigenes Auto, eine Wohnung, sprechen eine oder zwei Fremdsprachen.



Normales Marktgeschehen in Daraa, dem Ausgangspunkt der Proteste in Syrien. (o.)

Fotografieren verboten – von den Demonstrationen gibt es keine legalen Fotos, die Agenturen müssen sich mit YouTube behelfen. (r.) Fotos: AFP ND-Karte: W. Wegener

»Ich erfuhr von einem meiner Freunde, ich nenne ihn mal George, von einer Protestaktion«, erzählt Mansour. »Als ich dorthin kam, stellte ich fest, dass andere, die ich ebenfalls kannte, George auch kannten. Seitdem treffen wir uns regelmäßig.« Kontakte in andere Städte gebe es nicht, räumt die 28-jährige Meysa ein. Auch zu ausländischen Webseiten und Facebook-Aktivistinnen habe man keine Verbindung. Für sie sei das Wichtigste, dass das Töten der Zivilisten aufhöre. Geheimdienste und deren Polizei sollten aufhören, Menschen, die Protest äußerten, zu verfolgen und festzunehmen. »Die Regierung soll uns Zeit geben, dann können wir unsere Forderungen besser und ausführlicher begründen.«

Mansour zählt dagegen radikale Forderungen auf: Geheimdienste auflösen, Präsident und Regierung müssen zurücktreten, eine Übergangsregierung soll Wahlen vorbereiten, nachdem ein neues Wahlgesetz ausgearbeitet worden ist. Rami Maklouf, der superreiche Geschäftsmann und Cousin des Präsidenten, der 60 Prozent der syrischen Wirtschaft kontrolliert, solle mit der gesamten Assad-Familie vor Gericht gestellt werden und den Syrern den Reichtum des Landes zurückgeben. Einen nationalen Dialog könne es nicht geben, dafür seien zu viele Menschen gestorben. »Als Syrer will ich eine Sache



ganz deutlich sagen«, meint der 25-jährige Adem, der ebenfalls zu der Gruppe gehört. »Ich will keine Hilfe aus dem Ausland, ich will nur, dass meine Stimme in der Welt gehört wird. Wenn ich zu jemandem von der ausländischen Presse spreche, heißt das nicht, dass ich um Hilfe rufe, ich will nur meine Gedanken, meine Erfahrungen vermitteln.« Die Syrer seien vielleicht nicht so weit wie die Ägypter, aber »wir sind ein Kulturvolk, wir haben Überzeugungen, und eines Tages werden wir unsere Ziele erreichen.« In diesen unruhigen Frühlingstagen gibt es viele Realitäten in Sy-

rien. Selbst der Präsident Baschar al-Assad hat eingeräumt, dass »fehlerhaftes Verhalten der Behörden« dafür verantwortlich sei, was in der syrisch-jordanischen Grenzstadt Daraa die ersten Proteste auslöste.

Damals wurde eine Gruppe von Jugendlichen, die regierungsfeindliche Parolen geschrieben hatte, festgenommen und misshandelt, selbst vor den Eltern machten Gouverneur und Polizei nicht Halt, als diese die Freilassung ihrer Kinder verlangten. Fernsehaufnahmen zeigten vor wenigen Tagen die Folgen des Zorns der Bevölkerung von Daraa, nachdem Sicherheitskräfte auch noch Dutzende Menschen erschossen hatten: Der Sitz des Gouverneurs, das Gericht und die Zentrale der Baath-Partei sind völlig zerstört und liegen in Schutt und Asche.

Unruhiges Hinterland, ruhige Metropolen

Über Proteste in anderen Städten des Landes gehen die Meinungen hingegen weit auseinander. Unterstützung für die Leute von Daraa, sagen die einen. Ausländische Einmischung mit Geld und Waffen, um Syrien zu destabilisieren, sagen die anderen, religiöse Interessen gegen das säkulare syrische Sys-



tem wiederum machen dritte verantwortlich. Die Wirtschaftsmetropole Aleppo und die politische Hauptstadt Damaskus blieben relativ ruhig, einzelne Proteste junger Leute ausgenommen.

Ein Gesprächspartner der syrischen Kommunistischen Partei, der namentlich nicht genannt werden möchte, macht sozio-ökonomische Probleme als Auslöser für die Proteste aus. Für mindestens 70 Prozent der Demonstranten sei das der Grund. Die anderen würden von religiösen und ausländischen Interessen unterstützt, wer Waffen gegen die Armee einsetze, habe jede Glaubwürdigkeit verloren.

Die KP Syriens ist Teil der Nationalen Fortschrittfront und ist neben einer zweiten Kommunistischen Partei im Parlament und in der Regierung vertreten. Seit 1982 unterliege Syrien US-amerikanischen Sanktionen, klagt der Gesprächspartner. Syrien sei nicht verschuldet, betont er, doch die Regierung habe sich in den letzten

fünf, sechs Jahren einseitig auf die wirtschaftliche Liberalisierung konzentriert. »Seit Jahren beeinträchtigt eine große Dürre die Landwirtschaft, die Öffnung des Marktes gegenüber der Türkei hat der Türkei genutzt, doch unseren Betrieben geschadet«, sagt er. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Bevölkerung seien mit denen in Tunesien und Ägypten durchaus vergleichbar, doch »politisch ist Syrien ein ganz anderer Fall«, betont er. »Wir bezahlen den Preis dafür, dass wir auf der Rückgabe der Golan-Höhen bestehen, auf einer unabhängigen nationalen Politik. Wir bezahlen für die Unterstützung des Widerstands in der Region und der Palästinenser gegenüber Israel. Wir bezahlen dafür, dass wir uns der Neuordnung des Mittleren Ostens verweigern, wie sie die frühere US-Außenministerin Condoleezza Rice 2006 während des Libanonkrieges als Ziel der US-Regierung vorgegeben hatte.« Reformen in Syrien seien ein Muss, die Kommunisten fordern seit Langem nicht nur einen nationalen Dialog, sondern auch ein neues Wahlrecht und ein Mehrparteiengesetz. Die Krise sei die Chance, diese Reformen zu erreichen. Doch Reformen seien »mehr als Gesetze«, meint er schließlich. »Sie müssen sich in der Praxis beweisen.«

Einen von der Regierung und Vertretern der Opposition angestrebten nationalen Dialog zur Umsetzung angekündigter Reformen, begrüßt auch Ahmed, der sich nicht an den Protesten beteiligt, die Berichterstattung aber aufmerksam verfolgt. Ahmed kritisiert das Verhalten von Geheimdiensten und einzelnen syrischen Unternehmern, hält aber große Stücke auf Präsident Assad, der »in den letzten zehn Jahren aus Syrien ein neues Land ge-

macht« habe. Es werde viele Reformen geben, ist Ahmed überzeugt, »mehr als wir einfachen Syrer erwarten«. Seine Sorge ist, dass diese Reformen manchen nicht reichen könnten: »Sie wollen den Sturz des Regimes, und das bedeutet Bürgerkrieg«, meint er. »Wir einfachen Syrer wollen Baschar Zeit geben, ein System lässt sich nicht von heute auf morgen ändern.«

Besorgt ist auch ein anderer Gesprächspartner, der mit gesenkter Stimme im Hinterzimmer seines Geschäfts darüber spricht, was ihm besonders große Angst bereitet. Er habe selber gehört, wie Demonstranten beim Verlassen der Moschee gerufen hätten: »Alawiten ins Grab, Christen nach Beirut«. Das sei die Parole »radikaler Sunniten«, sagt er. »Wir alle hoffen, dass solche Leute sich hier nie durchsetzen werden.«

Anmerkung: Die Namen der Gesprächspartner wurden auf Wunsch anonymisiert

Stolz soll an der Stoßstange bewiesen werden

Das aufgeblühte Aschersleben ist eine der Städte, die ihr altes Nummernschild zurückhaben wollen

Von Hendrik Lasch, Aschersleben

Einst waren selbst die Einwohner von Aschersleben auf ihren Ort nicht gut zu sprechen. Zuletzt ist Sachsen-Anhalts älteste Stadt aufgeblüht – und war jetzt die erste, die die Rückkehr zum alten Nummernschild beantragte.

Auch der erste Bürger kann an der Stoßstange keine Werbung für seinen Heimatort machen. »Ich musste das ASL-Kennzeichen abgeben«, sagt Andreas Michelmann, parteiloser Rathauschef in Aschersleben. Der OB hat sich seit 2008 sowohl einen neuen Dienstwagen als auch ein neues Privatauto zugelegt – und so das Nummernschild erhalten, das seit einer Kreisgebietsreform in Sachsen-Anhalt in der Region ausgegeben wird: SLK, was für »Salzlandkreis« steht.

Als Einwohner des »Salzlandes« aber fühlten sich viele Ascherslebener nicht. Als unlängst im Auftrag des Heilbronner Wissenschaftlers Ralf Borchert, der eine bundesweite Werbung zur »Kennzeichenliberalisierung« gestartet hat,

auch hier eine Umfrage zur Identifikation mit dem neuen Nummernschild durchgeführt wurde, fiel das Ergebnis klar gegen SLK und für ASL aus. Der Rathauschef reagierte prompt: Nur einen Tag, nachdem die Verkehrsministerkonferenz der Länder den Weg ebnete, beantragte er beim Land die Rückkehr zum alten Kürzel. »Die Landkreise taugen nicht als Identifikationsträger«, sagt Michelmann, »das ist auch nicht ihre Aufgabe.« Verbunden fühlten sich die Bürger mit Staat und Land, zuallererst aber mit ihrer Kommune.

Im Fall von Aschersleben ist das freilich nicht so selbstverständlich, wie es klingt. Zwar gab es früher in der Stadt, die 2003 ihr 1250-jähriges Jubiläum feierte, ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein. Um die Wende zum 19. Jahrhundert verließ man den gemeinsamen Kreis mit Quedlinburg und setzte in Sachen Verwaltung die Selbstständigkeit durch. Seit 1948 gehörte man vier wechselnden Kreisen an, war aber meist Kreisstadt. Der Stolz auf ihre Heimatstadt war bei

vielen Ascherslebern indes zwischenzeitlich nicht mehr stark ausgeprägt. Zunächst verfiel die historische Innenstadt mit prächtigen Fachwerk- und Gründerzeitgebäuden; die Vernachlässigung habe 1989 die Menschen auf die Straße getrieben, sagt Michelmann. Danach ging es aber auch mit der Industrie bergab; Betriebe wie die Werkzeugmaschinenfabrik entließen Beschäftigte, andere schlossen ganz. Nicht ohne Spuren bei den Bewohnern blieb das Bild, das Durchreisende von der Stadt erhielten. Tiefpunkt war der Artikel eines bekannten Nachrichtenmagazins im Wahlkampf 2002. Als Beleg für angebliche Stagnation in Sachsen-Anhalt mussten Aschersleben und der triste Blick von der Bundesstraße 180 auf ein altes Industriegebäude herhalten.

Heute ist das »Optima«-Gebäude saniert und beherbergt ein neues Bildungszentrum. Dahinter öffnet sich ein Parkgelände, auf dem im vergangenen Jahr eine viel beachtete und von mehr als einer halben Million Menschen besuchte Lan-

desgartenschau stattfand. Im Zuge der Vorbereitung seien viele Branchen und vernachlässigte Quartiere in der Innenstadt verschönert worden, sagt der Rathauschef voller Stolz. Seit einem Sachsen-Anhalt-Tag im Jahr 2004 war das der größte Höhepunkt im kulturellen Leben der Stadt – und half vermutlich endgültig, das frühere Image des grauen Entleins abzustreifen.

All das heißt nicht, dass Aschersleben boomende Metropole wäre. Noch immer werden hier weniger Menschen geboren, als sterben; noch immer ziehen mehr weg, als nach Aschersleben kommen. Letzteres zu drehen, ist Michelmann entschlossen – vor allem durch Erfindergeist bei Bildungsfragen. Alle Kitas werden von freien Trägern betrieben, damit es »mehr Vielfalt gibt«; zudem will man seit langem eine Gesamtschule einrichten, ein Schulmodell, das erst unter der neuen schwarz-roten Landesregierung womöglich eine Chance hat.

Zudem beteiligt sich Aschersleben am Stadtbau und ersann die »Drive-trough-Gallery«, bei der



Fotos: Hendrik Lasch

Baulücken mit Kunst ausgefüllt werden. 2012 soll eine Dauerausstellung mit Werken Neo Rauchs eröffnet werden, der in der Stadt aufwuchs. Das wird viele Besucher

mit fremden Kennzeichen hierher bringen – und sorgt in der Fremde vielleicht gelegentlich für anerkennendes Nicken, wenn ein Auto mit ASL-Nummernschild vorbeifährt.